

EDE Programm

Teil: **Sprachenpolitik**

Dies ist die noch nicht endgültige, aber bereits aufgrund einiger Diskussionsbeiträge verbesserte Fassung, Stand 24.12.2008. Wenn Sie Anmerkungen und Vorschläge zu diesem Teil des Programms von EDE haben, teilen Sie uns diese bitte mit an: mc@e-d-e.eu

Die Nummerierung der Absätze dient nur der Vereinfachung der Diskussion über die folgenden Punkte.

1

Auf Politikfeldern, die den EU-Mitgliedstaaten vorbehalten sind, kann die Europäische Union unterstützend und koordinierend tätig werden. Dazu gehören die Bereiche Bildung, Jugend und Kultur. Die Sprachenpolitik ist ebenfalls hierzu zu zählen, was die Politik der einzelnen Mitgliedstaaten bezüglich der National- und Regionalsprachen oder des Sprachenunterrichts in Schulen oder der Sprachenregelungen in den Hochschulen anbelangt.

2

Sprachenpolitik in der Europäischen Union geht aber über das Nationale hinaus, denn durch die Sprachenpolitik werden wesentliche Grundlagen für die europäische Integration, für das politische Funktionieren und die Weiterentwicklung des gemeinsamen Marktes und der Europäischen Union insgesamt gelegt.

3

Sprachenpolitik in Europa ist zudem eng mit den Grundrechten, mit Demokratie, Macht und Wirtschaft verbunden.

4

Allerdings wird dem Thema Sprachen in Europa bislang noch nicht die notwendige Aufmerksamkeit geschenkt, und die bisherige Sprachenpolitik der EU geht in eine falsche Richtung. Dies will EDE ändern. Die außerordentlich wichtige Sprachenfrage muss auf die Agenda der europäischen Politik kommen.

5

EDE will sich aktiv für solche Sprachenregelungen in der EU, aber gleichzeitig auch in den einzelnen Mitgliedstaaten einsetzen, die das gemeinsame Europa gesellschaftlich, politisch, sozial und wirtschaftlich weiterbringen, die Chancengleichheit für alle Bürger sicherstellen, und die insbesondere auch für Deutschland und die hier lebenden Menschen geringere Kosten und größeren Nutzen bedeuten.

6

Die derzeitige Sprachenpolitik der EU verfolgt offiziell zwei Ziele: Zum einen kann jede Nationalsprache eines jeden EU-Mitgliedstaates Amtssprache der EU werden, wobei die Mitgliedstaaten selber entscheiden können, ob und welche Sprache das sein soll. Es heißt, dass sich jeder Bürger in diesen Amtssprachen an die EU-Behörden wenden und Antworten erhalten könne, und dass in jeder dieser Amtssprachen die EU-Normen und alle Informationen der EU vorliegen müssten.

7

Die Realität sieht aber anders aus: Die Bürger Europas sprechen viele Muttersprachen, aber nur 23 Sprachen sind Amtssprachen der Europäischen Union. Dass die europäischen Bürger oder Unternehmen mit der europäischen Verwaltung in den Amtssprachen kommunizieren oder Anträge stellen können sollen, steht nur auf dem Papier. In der Praxis funktioniert dies immer häufiger nur auf Englisch. In den

anderen Sprachen ist es nicht oder nur eingeschränkt möglich und in den europäischen Organen wie dem Europäischen Parlament sind die Sprachen nicht gleichberechtigt. Das heißt auch, dass die Abgeordneten ebenfalls nicht gleichberechtigt sind! Und viele Dokumente der europäischen Union liegen nur in wenigen Sprachen vor, zumeist auch nur in Englisch.

8

Obgleich rund ein Drittel aller EU-Bürger (ca. 150 Millionen) Deutsch als Mutter- oder Zweitsprache sprechen, wird noch nicht einmal gewährleistet, dass alle Texte in dieser Sprache vorliegen. Der derzeitige Zustand ist höchst undemokratisch und ungerecht und bedeutet eine erhebliche Benachteiligung derjenigen, die nicht Englisch-Muttersprachler sind.

9

Grundlegende europäische und deutsche Verfassungsprinzipien wie der Gleichheitsgrundsatz und das Recht auf freie Entfaltung werden verletzt. Dies zu ändern und um somit Gleichberechtigung herzustellen, fehlt der europäischen Politik und Verwaltung derzeit ganz offensichtlich der Wille.

10

Zehn Prozent der einheimischen (also nicht zugewanderten) EU-Bevölkerung haben keine der Amtssprachen als Muttersprache, sondern eine von rund 40 Regional- oder Minderheitensprachen. Diese Bürger sind sogar doppelt benachteiligt, da sie sich noch nicht einmal theoretisch in ihrer Muttersprache an europäische Behörden wenden können bzw. Zugang zu europäischen Informationen haben.

11

Das zweite offizielle Sprachziel der EU ist die Förderung des Fremdspracherwerbs. In der "Agenda Entwicklung des Sprachunterrichts vor dem Hintergrund der Sprachenvielfalt in der EU" von Mai 2008 (die man auf der offiziellen EU-Internetseite „Sprachen und Europa" allerdings nur auf Englisch und Französisch abrufen kann), fordert der Rat der EU-Bildungsminister das lebenslange Lernen und das Lernen von europäischen und außereuropäischen Sprachen. Dass man es trotz erheblichen Aufwands nicht erreichen kann, dass alle EU-Bürger auch nur eine einzige andere Nationalsprache als Fremdsprache perfekt lernen und beherrschen, wissen die Fachminister selbst, denn in der Agenda heißt es, dass - trotz der Forderung nach dem Erlernen von Fremdsprachen - qualitativ hochwertige Dolmetsch- und Übersetzungsdienste notwendig seien, um die effiziente Kommunikation zwischen den Sprechern verschiedener Sprachen sicherzustellen. Allein dieser Satz belegt, dass die bisherige europäische Sprachenpolitik in die falsche Richtung geht.

12

In vielen EU-Mitgliedstaaten ist zudem eine gegenläufige Entwicklung festzustellen: Das Sprachenangebot in den Schulen wird ausgedünnt und immer mehr auf das Englische fokussiert. In den Schulen Großbritanniens hingegen lernen nur noch wenige Schüler eine Fremdsprache.

13

In vielen Bereichen, z.B. in Handel, Politik und Wissenschaft, ist in Europa ein schleichender und vielfach sogar bewusst forcierter Prozess hin zur Einsprachigkeit im Gange. Wenn Europa nicht die sprachliche Notbremse zieht, dann führt dies zur sprachlich-kulturellen Verarmung Europas und zur totalen Vorherrschaft der englischen Sprache.

14

Die einseitige Ausrichtung auf das Englische bedeutet erhebliche kommunikative, politische, rechtliche und persönliche Nachteile für die Nicht-Englischmutter-

sprachler, und für die Volkswirtschaften der meisten europäischen Staaten bringt dies immense Kosten mit sich. Währenddessen genießen die Englisch-Muttersprachler und die Wirtschaft Großbritanniens enorme Vorteile.

15

Ein Kommunikationssystem, das einen Teil der Menschen lebenslang privilegiert, von den anderen aber verlangt, jahrelange Mühen auf sich zu nehmen, ohne dadurch ein vergleichbares Sprachniveau zu erreichen, ist von Grund auf undemokratisch.

16

Wir wollen ein Europa aller Bürger ohne Hegemonie eines Volkes oder einer Sprache. Wir wollen auch kein Zweiklassen-Europa, in dem einige Sprachen auf Kosten der anderen bevorzugt werden.

17

Menschenwürde, Freiheit, Gleichheit und Gerechtigkeit bedeuten, dass alle Bürger von Geburt an dieselben Chancen auf Teilhabe und denselben Schutz vor Diskriminierung, auch vor sprachlicher Diskriminierung haben. Dies muss gerade in der Europäischen Union konsequent umgesetzt werden.

18

Wir wollen, dass sich die EU auch in ihren Außenbeziehungen für sprachliche Gerechtigkeit einsetzt, denn eine Weltpolitik, die nicht auf der Anerkennung und Unterstützung einer jeden Sprache basiert, ist undemokratisch und verurteilt einen Großteil der Sprachen in der Welt zum Aussterben. EDE als Bewegung für Sprachenvielfalt will dem gegensteuern.

19

Denn für EDE ist die Sprachenvielfalt eine ständige und unverzichtbare Quelle kulturellen Reichtums. Demzufolge ist jede Sprache wie auch der Ausdruck einer jeden Lebensform schon an sich wertvoll und damit schützens- und unterstützenswert.

20

WESENTLICHE SPRACHPOLITISCHE ZIELE VON EDE

21

EDE will sich für eine gerechte und demokratische Lösung internationaler Sprachenfragen und für die Erhaltung der sprachlich-kulturellen Vielfalt in Europa und der Welt einsetzen.

22

Damit sich die Menschen, Bürger, Abgeordneten austauschen und debattieren können, müssen sie sich verstehen können. Für EDE ist grundlegend und vorrangiges Ziel, dass zuallererst die sprachliche Basis für einen wirklichen Dialog geschaffen werden muss. Dies ist die Grundlage für jede weitere Entwicklung Europas.

23

Nur wenn die Europäer in der Lage sind, gleichberechtigt in einen wirklichen Dialog miteinander einzutreten, sich gegenseitig kennenzulernen und über einander zu informieren und sich in den alle berührenden Fragen ungehindert und gleichberechtigt auszutauschen, kann dauerhafter Frieden erreicht und ein wirklich gemeinsames europäisches Haus errichtet werden.

24

Demokratischer Dialog kann nur mit einer leicht zu erlernenden Brückensprache geführt werden, die niemandem gehört und nicht die Muttersprache eines Volkes ist. Ein Kommunikationssystem, in dem alle Menschen gleichberechtigt sind und keine Nation benachteiligt ist, kann nur mit einer neutralen Sprache erreicht werden.

25

Wir schlagen daher Esperanto als Verständigungsmittel für Europa vor, das sich in den 120 Jahren seines Bestehens in allen Bereichen bestens bewährt hat.

26

EDE will Esperanto nicht an die Stelle der Muttersprachen, der National-, Regional- und Minderheitensprachen setzen. Esperanto soll die anderen Sprachen nicht verdrängen, sondern im Gegenteil zu ihrer Stärkung und Bewahrung beitragen.

27

Wir bekennen uns zur sprachlichen Vielfalt und wollen aktiv zur Erhaltung des gemeinsamen sprachlichen Erbes, zur Pflege und weiteren Entwicklung der Sprachenvielfalt in Europa und der Welt beitragen.

28

SPRACHPOLITISCHE FORDERUNGEN VON EDE

29

Erhalt und Förderung der sprachlichen Vielfalt

30

Für die Achtung der Vielfalt und damit die Bewahrung der sprachlichen Besonderheiten Europas, für den Schutz und die Förderung der National-, Regional- und der sogenannten Minderheitensprachen fordert EDE:

31

- a) Der Schutz der Sprachen und der Sprach- und Kulturräume ist als Ziel in den grundlegenden europäischen Verträgen festzuschreiben.
- b) Die Nationalsprachen dürfen nicht zu Sprachen zweiter Klasse degradiert werden.
- c) Die Regional- und Minderheitensprachen sollen durch konsequente Pflege aufgewertet werden.
- d) Es müssen Maßnahmen ergriffen werden, dass in Europa keine Sprache, auch später Esperanto nicht, die Landes-, Regional- und Minderheitensprachen verdrängt.
- e) Zum Schutz kleiner Sprachräume und für das Fortbestehen von Sprachen, die von verhältnismäßig wenigen Menschen gesprochen werden, müssen adäquate Schutz- und Förderungsmaßnahmen ergriffen werden. Das können auch wirtschaftliche Maßnahmen zur Erhaltung einer solchen Bevölkerungsdichte sein, die zum Weiterbestehen einer Sprache, einer Kultur oder einer Bevölkerungsgruppe notwendig ist. Dazu gehört auch die Förderung von Kommunikationsdiensten, Veröffentlichungen, Übersetzungen, Presse und Rundfunk, schulischem und außerschulischem Unterricht sowie der wissenschaftlichen Erforschung der Sprachen.
- f) Jede Europäerin und jeder Europäer soll die eigene(n) Sprache(n) pflegen können, ohne von oben verordnete Gleichmacherei.
- g) Ein unabhängiger Europäischer Sprachenrat soll zum Schutz der europäischen Sprachen über die Maßnahmen wachen und ihren Erfolg überprüfen.
- h) Dazu gehört ein regelmäßiger Sprachenbericht, in dem der Zustand der europäischen Sprachenlandschaft dargestellt wird. Dieser Zustandsbericht soll Referenz für die Politik zum Schutze des sprachlichen Erbes sein. Er soll sich insbesondere mit den besonders gefährdeten Sprachen beschäftigen und seine Vorschläge unter Beachtung des Prinzips der Subsidiarität machen.

32

Sprachenpolitik und Europäische Identität

33

Für die Weiterentwicklung Europas und die Sicherung von Frieden und Wohlstand ist es notwendig, bei den EU-Bürgern ein europäisches Bewusstsein zu wecken und

eine stärkere, vereinende europäische Identität zu schaffen. Die Europäer sollen sich neben ihrer nationalen oder sonstigen Identität ganz bewusst auch als Europäer fühlen.

34

Bestehende Aktivitäten und Initiativen von einzelnen Bürgern, Gruppen und Institutionen in dieser Richtung sind daher zu unterstützen und auszubauen. Eine dieser Initiativen ist die Bewegung für die Verbreitung der Brückensprache Esperanto.

35

Wir sind uns sicher, dass Esperanto eine große positive Rolle bei der Schaffung der europäischen Identität spielen kann und wird, ohne - wie dies bei der einseitigen Ausrichtung auf das Englische zu befürchten ist - mit dem Verlust der sonstigen Identitäten einherzugehen.

36

Esperanto wird in starkem Maße integrativ wirken und die Identifikation der europäischen Bürger mit Europa fördern.

37

Eine demokratische Sprachenpolitik ist auch Integrationspolitik

38

Europa soll ein Beispiel für erfolgreiche Integration werden, das die Vielfalt seiner alten und neuen Bürger nicht als Hindernis oder gar als Gefahr ansieht, sondern als Chance nutzt.

39

EDE will nicht Assimilation, sondern Integration der Zuwanderer unter Erhalt ihrer eigenen Sprache und Pflege ihrer Kultur. Sie und ihre Nachkommen können durch sprachliche und kulturelle Verbundenheit Brücken für freundschaftliche, wirtschaftliche und andere Kontakte aller Europäer mit den ehemaligen Heimatländern sein.

40

Durch von der EU geförderte Angebote soll die aktive Beherrschung der eigenen Sprache der Zuwanderer unterstützt bzw. Freiraum für Angebote geschaffen werden, die der Pflege ihrer Kultur dienen. Hierbei ist jedoch auf Offenheit, auf Kontakt zur und Austausch mit der anderen Bevölkerung zu achten. Sprachliche, kulturelle oder religiöse Ghettos sollen verhindert werden, aber nicht durch Zwangsmaßnahmen, sondern mittels positiver Unterstützung.

41

Voraussetzung für Einbürgerung und langfristigen Aufenthalt soll allerdings die Beherrschung der Sprache des jeweiligen EU-Staates sein, in dem die Zuwanderer leben. Daher sollen die Zuwanderer unterstützt werden bei ihren Bemühungen des Sprachenlernens.

42

Sprachenregelung in der Europäischen Union

43

EDE wird sich dafür einsetzen, dass Esperanto langfristig zur ersten internationalen Verkehrssprache in Europa und darüber hinaus wird.

44

Auf dem Weg dahin fordern wir:

- a) dass Europa sicherstellt, dass kein Staat mittels einer Sprache Machtpolitik betreiben oder diese politisch missbrauchen kann
- b) die Zulassung von Esperanto als gleichberechtigte Amtssprache der EU
- c) die Einführung von Esperanto als Verständigungsmittel in allen europäischen Gremien und Institutionen. EDE wird sich auch dafür einsetzen, dass Espe-

ranto bei den europäischen Institutionen, die nicht zur EU gehören, wie Europarat und Europäischer Gerichtshof für Menschenrechte sowie bei anderen internationalen Institutionen benutzt wird

- d) die Schaffung einer Quotenregelung bei europäischen Beamten, um jegliche Diskriminierung insbesondere in Bezug auf die Sprache, Kultur oder den Wohnort zu verhindern
- e) die genaue Untersuchung, was die derzeitige Sprachenregelung der EU und was die Ausrichtung auf die englische Sprache an Kosten verursacht (z.B. für Englisch-Unterricht in Schulen und Hochschulen, private Aufwendungen für Bücher, Kurse und Sprachreisen, Übersetzungen, Verdolmetschungen), welche versteckten Kosten durch Kommunikationsfehler oder aufgrund mangelnder Teilnahme an Kommunikation entstehen, welche Ausgaben für das Erlernen anderer Sprachen in Europa getätigt werden, welchen genauen wirtschaftlichen Vorteil einzelne europäische Länder durch die Bevorzugung einer oder einiger weniger Sprachen kurz- und langfristig haben, welchen Nutzen außereuropäische Volkswirtschaften durch unterschiedliche Sprachenregelungen in der EU haben, welche Bevölkerungsgruppen welche Sprachkenntnisse erlangen und in welchen Bereichen sie die erlernten Fremdsprachen anwenden. Die Ergebnisse solcher Untersuchungen sind in die öffentliche Diskussion einzubringen, um eine fundierte Grundlage für die zu treffenden europäischen Sprachenregelungen zu haben.

45

EDE will auch dafür sorgen, dass genau dargestellt und offen gelegt wird, welche Europapolitiker aus welchen Gründen für die Bevorzugung oder Ablehnung bestimmter Sprachen eintreten.

46

Sollte sich die EU für Esperanto entscheiden, dann sieht es EDE als seine Aufgabe an, dafür Sorge zu tragen, dass die Neutralität der Sprache Esperanto gewahrt bleibt.

48

Der schleichende Prozess hin zur Vorherrschaft der englischen Sprache auf Kosten der anderen Sprachen und ihrer Sprecher in Europa muss aufgehalten werden.

49

Deshalb fordern wir, dass die Europäische Union und die Regierungen der Mitgliedstaaten von der einseitigen Favorisierung des Englischen abrücken.

50

Für alle, die bei der EU beschäftigt sind oder werden wollen, ist als Voraussetzung zu fordern, dass sie zumindest eine weitere europäische Sprache beherrschen. Wünschenswert wäre es, wenn jeder Bedienstete der EU drei europäische Sprachen beherrscht.

51

Um eine kommunikative Gleichberechtigung in den europäischen Gremien zu schaffen, sind einsprachige Arbeitsgruppen und Ausschüsse zu untersagen und jedes Mitglied von Gremien, die sich auf nur einige Sprachen geeignet haben, ist zu verpflichten, nicht in seiner Muttersprache zu sprechen. So könnte der nicht gerechtfertigte Vorteil der Muttersprachler der "typischen" Ausschusssprachen gegenüber den Sprechern der sogenannten kleinen Sprachen etwas ausgeglichen werden.

52

Die Europäische Union soll eine Diskussion darüber führen, wie ein ökonomischer Ausgleich geschaffen werden kann für die Vorteile, die aufgrund der Bevorzugung

einiger Sprachen in der EU die Muttersprachler und die Wirtschaft der entsprechenden Länder gegenüber den anderen haben.

53

Eine Form des Ausgleichs könnte beispielsweise sein, dass denjenigen Unternehmen, die Übersetzungskosten für die Teilnahme an Ausschreibungen haben, diese erstattet werden, während die Ausschreibungsteilnehmer, die keine solchen Kosten haben, eine Teilnahmegebühr zahlen müssen. Über eine weitere Möglichkeit könnte für die Zusammenarbeit zwischen Unternehmen aus verschiedenen Ländern nachgedacht werden: Die Kosten für Übersetzungen, Verdolmetschung, Sprachkurse für Mitarbeiter könnten gesondert ermittelt werden und von dem nicht mit solchen Kosten belasteten Geschäftspartner anteilig getragen werden.

54

Es muss dafür gesorgt werden, dass bei Stellenausschreibungen in Wirtschaft und Verwaltung die Forderung nach sehr guten Kenntnissen einer bestimmten Fremdsprache die Ausnahme ist und nur auf solche Stellen beschränkt wird, bei denen es um die Sprache geht (z.B. Einstellung von Übersetzern). Eine Ablehnung aufgrund mangelnder (Fremd-)Sprachkenntnisse muss als Diskriminierung angesehen werden. Damit sollen Fehlbesetzungen verhindert werden, da die Forderung nach sehr guten Kenntnissen in einer bestimmten Fremdsprache viele kluge und fähige Köpfe ausgrenzt.

55

Als Gegengewicht gegen die in der Wissenschaft feststellbaren Folgen der fortschreitenden Ausrichtung auf die englische Sprache sind Fachzeitschriften, die in den anderen Sprachen veröffentlichen, von der EU zu fördern.

56

Europäischer Sprachenunterricht

57

Die Bürger Europas sollen vorrangig ihre Muttersprache und die Verkehrssprache des Landes, in dem sie leben, beherrschen. Dies müssen Schulunterricht sowie vor- und außerschulische Maßnahmen für junge Menschen und Erwachsene leisten. Eine entsprechende Förderung der Familien soll unterstützend wirken.

58

Die Bürger Europas sollen in die Lage versetzt werden, nach ihren Möglichkeiten auch weitere europäische und außereuropäische Sprachen lernen zu können. Die Europäische Union soll dies durch geeignete Fördermaßnahmen unterstützen.

59

EDE will erreichen, dass Esperanto zur ersten Fremdsprache wird und den Europäern mit Esperanto ein Hilfsmittel an die Hand gegeben wird, mit dem sie bereits ohne großen Aufwand in den Dialog miteinander treten können, und mit dem jeder in den Genuss fremdsprachiger Kommunikation kommen kann.

60

Da das Erlernen von Esperanto erwiesenermaßen den Erwerb weiterer Fremdsprachen anregt und fördert, setzen wir uns dafür ein, dass in Europa alle Schüler bereits in der Grundschule Esperanto lernen.

61

Auch an den weiterführenden Schulen in Europa soll Esperanto als erste, aber nicht einzige Fremdsprache gelehrt werden. Neben den gängigen Fremdsprachenangeboten wie Englisch, Französisch, Spanisch, Italienisch, Russisch müssen vermehrt auch andere europäische und außereuropäische Sprachen angeboten werden. Insbesondere im grenznahen Raum sollte die Sprache des Nachbarvolkes Pflichtschulfach an den weiterführenden Schulen sein.

62

Um Esperantounterricht flächendeckend in Europa anbieten zu können, müssen die EU und die Mitgliedstaaten die notwendigen Voraussetzungen für die Lehreraus- und -fortbildung schaffen.

63

Nicht nur zum Spracherwerb, sondern auch zur Erweiterung von Horizonten und Schaffung von freundschaftlichen Bindungen und einer europäischen Identität setzen wir uns ein für die Ausweitung von grenzüberschreitenden Partnerschaften, interkulturellen und anderen Aktivitäten für Schüler, Studenten und für möglichst alle Bevölkerungsgruppen.

64

Bis die Forderung nach Esperantounterricht in allen Grund- und weiterführenden Schulen sowie in den Hochschulen in Europa durch- bzw. umgesetzt wird, wird sich EDE für kleine zielführende Schritte einsetzen, die zur Popularisierung des Esperanto beitragen, damit es sich dann auch wegen des immer weiter steigenden praktischen Werts auch von selbst weiterverbreitet.

65

Förderung von Esperanto

66

Zur Popularisierung des Esperanto wird sich EDE dafür einsetzen, dass EU-weite Fördermaßnahmen ergriffen werden in den Bereichen Öffentlichkeitsarbeit, Übersetzungen, Ausbildung von Esperantolehrern, -dolmetschern und -übersetzern.

67

Durch Förderung von Pilotprojekten zwischen Schulen soll ein europaweites Netz von Esperanto-Schulen geschaffen werden. Der Schüleraustausch zwischen diesen Schulen soll in solchem Maße finanziell gefördert werden, dass die Reisekosten weitgehend von der EU getragen werden. In solche Projekte sollen möglichst auch außereuropäische Schulen einbezogen werden.

68

Europäische Fördergelder sollen auch bereitgestellt werden für

- a) Esperanto-Partnerschaften zwischen europäischen Unternehmen, Vereinen und Gruppen (angefangen auch hier mit der Förderung von Pilotprojekten)
- b) europaweite Verbände, die Esperanto zu ihrem oder zu einem ihrer Verständigungsmittel machen
- c) Unternehmen mit Betrieben in mehreren EU-Staaten, die Esperanto zu ihrem innerbetrieblichen Kommunikationsmittel machen wollen
- d) Veranstaltungen über Esperanto
- e) internationale Veranstaltungen, auf denen Esperanto genutzt wird
- f) Angebote für die unterschiedlichsten Bevölkerungsgruppen, mit anderen Europäern mittels Esperanto in Kontakt zu kommen
- g) Sendungen auf Esperanto in Radio und Fernsehen
- h) Aufbau eines europäischen Nachrichtenkanals auf Esperanto
- i) Zusammenarbeit von renommierten Fachzeitschriften in den EU-Staaten zur Herausgabe von gemeinsamen Ausgaben auf Esperanto
- j) Wissenschaft und Forschung, insbesondere in den Bereichen der Esperantologie und Interlinguistik

69

Neben den Bemühungen um europaweite Maßnahmen wird EDE sich dafür engagieren, dass zumindest einige EU-Länder ein Abkommen über den Esperanto-Schulunterricht unterzeichnen, das dann schrittweise auf andere Länder ausgeweitet

werden kann. Erfolgreiche Traktatsausweitungen dieser Art stellen z.B. das Schengen-Übereinkommen und die Währungsunion dar.

70

Die Förderung und Verbreitung des Esperanto verursacht wesentlich geringere Kosten, als derzeit für Englisch aufgewendet werden. Die mittel- und langfristig eingesparten Mittel sollen sinnvoll für die Pflege der Muttersprachen, für die kulturelle Entwicklung und für Projekte eingesetzt werden, die die Menschen Europas untereinander und mit den Menschen außerhalb der EU zusammenbringen und dem Frieden dienen.

71

Solange Esperanto noch nicht den Stellenwert hat, der ihm gebührt, und solange die Sprachenfrage noch nicht im Bewusstsein der europäischen Bürger, der Politik und Verwaltung verankert ist, wird EDE das Thema Sprachen immer wieder auf die Tagesordnung bringen und sich um die Sensibilisierung der Gesellschaft und ihrer Verantwortlichen bemühen, damit das mit der europäischen Sprachenfrage verbundene gesellschaftliche Problem in seiner wachsenden Brisanz endlich erkannt wird und tragfähige Lösungen gefunden und umgesetzt werden.

71a

Wenn eine formale Entscheidung der EU, Esperanto offiziell als Verkehrssprache einzuführen, nicht erreicht werden kann, so wird jedoch bereits eine wesentliche moralische Unterstützung für Esperanto durch die EU unserer Sache einen enormen Auftrieb geben. Dank der leichten Erlernbarkeit und der bereits heute bestehenden Anwendungsmöglichkeiten müsste die EU die Sprache nur populärer machen - sie könnte sich dann zu einem "Selbstläufer" entwickeln.

72

Die deutsche Sprache

73

Der Schutz der Nationalsprachen beinhaltet auch den Schutz der deutschen Sprache. EDE setzt sich dementsprechend für die Pflege und den Erhalt der deutschen Sprache und ebenso der in Deutschland gesprochenen weiteren Sprachen wie Sorbisch, Friesisch und der Dialekte und Mundarten ein.

74

Solange die Muttersprachen in der EU nicht gleichberechtigt sind, wird sich EDE auch für eine Aufwertung der deutschen Sprache in der EU stark machen. Deutsch muss in der EU Arbeits- und Veröffentlichungssprache sein.

75

Sprachregelungen an den Hochschulen

76

Aufgrund der bisherigen übertriebenen Förderung des Englischen laufen die anderen europäischen Sprachen Gefahr, als Bildungs- und Wissenschaftssprachen unterzugehen.

77

Tatsache ist aber, dass komplexes Denken und kreatives geistiges Schaffen in der Muttersprache am besten möglich ist. Durch die einseitige Ausrichtung auf das Englische ist damit zu rechnen, dass Europa einen erheblichen wissenschaftlichen und damit auch ökonomischen Verlust erleidet.

78

Daher muss an den Hochschulen der europäischen Staaten die jeweilige National- oder Regionalsprache die Unterrichtssprache sein. Es muss auch darauf abgezielt werden, dass Hochschulausbildung in den Minderheitensprachen möglich ist.

79

Teilweise oder vollständige fremdsprachige Ausbildungsgänge an den Hochschulen müssen eine auf Zusatzangebote beschränkte Ausnahme bleiben. Dies auch, um Menschen aus "bildungsärmeren" Schichten oder sprachlich weniger Begabten oder auch Menschen mit Migrationshintergrund, für die bereits die neue Landessprache eine Fremdsprache war, den Zugang zu akademischen Karrieren nicht zu versperren.

80

Sprachenpolitik ist Grundrechtspolitik

81

Für EDE ist Sprachenpolitik auch Grundrechtspolitik.

82

Es gibt in Europa und Deutschland zwar verfassungsmäßige Garantien und gesetzliche Regelungen, die sicherstellen sollen, dass Menschen, die nicht die Amtssprache beherrschen, z.B. vor Gericht, bei der Polizei oder im Asylverfahren mithilfe von Übersetzungen und der kostenfreien Gestellung von Dolmetschern davor geschützt werden sollen, nicht zum reinen Objekt staatlichen Handelns zu werden, und damit sie ihre Interessen und Rechte auch angemessen vertreten können.

83

Dies kann aber nur gelingen, wenn die eingesetzten Dolmetscher und Übersetzer über die dafür notwendigen Qualifikationen und Fähigkeiten verfügen.

84

In Europa gibt es bislang keine einheitlichen Regeln über die Ausbildung, Prüfung, Zulassung und Ausübung dieser Berufe. In Deutschland kann jeder ohne jegliche Ausbildung, Prüfung oder Zulassung den Beruf des Dolmetschers oder Übersetzers ausüben. Solche Sprachmittler werden regelmäßig auch von Gerichten und Behörden eingesetzt. Dies ist nicht nur für die Betroffenen ein unhaltbarer Zustand.

85

EDE fordert zum Schutze der Grundrechte und zur Steigerung der Qualität der Sprachmittlungsleistungen europaweit einheitliche hohe Standards für die Aus- und Fortbildung, Zertifizierung, Zulassung von Dolmetschern und Übersetzern.

86

Dies dient auch der besseren Kommunikation in allen anderen Bereichen.

87

Es gibt keine Alternative zu Esperanto!

88

Englisch oder eine andere Nationalsprache eignet sich als Verkehrssprache für die demokratische Kommunikation in Europa wegen der Schwierigkeit des Erlernens von Nationalsprachen und aufgrund der Bevorzugung der entsprechenden Muttersprachler nicht.

89

Für EDE führt kein Weg an Esperanto vorbei. Es gibt bislang keine andere Sprache, die es bezüglich ihrer Vorzüge, z.B. der leichten Erlernbarkeit, mit Esperanto aufnehmen kann und besser als Esperanto für die gleichberechtigte, freie Kommunikation weltweit nutzbar ist, und die schließlich so bekannt und verbreitet ist wie Esperanto.

90

Esperanto hat zudem seine uneingeschränkte Nutzbarkeit als Verständigungsmittel in den unterschiedlichsten Bereichen bereits zur Genüge bewiesen.

91

Man muss also „das Rad nicht neu erfinden“. Die Schaffung einer anderen geplanten Verkehrssprache eigens für Europa wäre auch nicht wünschenswert.